

Die Staatsregierung und das „Gartenglück“

Zwei Männer streifen durch die Gartensparte „Einigkeit“ auf dem Kaßberg, fotografieren und machen sich Notizen. Den „Laubenpiepern“ kommt das zu Recht komisch vor. Die beiden sind vom staatseigenen Unternehmen „Sächsisches Immobilien- und Baumanagement“ (SIB). Wenig später findet sich im Internet ein offenes Verkaufsangebot für das Gelände der Gartensparte, die seit 1923 besteht und sich im Eigentum des Freistaats befindet. Bei den Kleingärtnern kommt daraufhin die begründete Angst auf, dass es mit ihrem Idyll sehr bald ein Ende haben könnte.

Und das, obwohl 2012 der damalige Umwelt- und Landwirtschaftsminister Kupfer anlässlich einer Debatte um das Kleingartenwesen noch zugesichert hatte: „Dem Gartenglück steht seitens der Staatsregierung nichts im Wege“. Zwar werde das SIB Kleingärten veräußern, aber mit einem Vorkaufsrecht für Kommunen und Kleingärtner zu günstigen Konditionen. Im Falle der „Einigkeit“ gab es



Eine Gruppe von Chemnitzer Kleingärtnern konnte auf Einladung von Susanne Schaper und Klaus Bartl die Debatte am 17. September im Plenum des Landtags hautnah miterleben.



jedoch kein solches Angebot, weshalb der Verdacht nahe liegt, dass das SIB auf dem lukrativen Kaßberg schlicht „Kasse machen“ will.

Dies war der Anlass für einen Antrag der LINKEN gegen spekulative Veräußerungen von kleingärtnerischen Bodenflächen in Landeseigen-

tum am 17. September im Plenum des Landtags. Eine Gruppe von Kleingärtnern konnte die Debatte auf Susi Schapers und meine Einladung hin hautnah miterleben. Das war manchen Chemnitzer Abgeordneten merklich unangenehm. Vor allem der sonst wenig öffentlichkeits-scheue Peter Patt (CDU) klagte, dass dieser Fall in einem nicht-öffentlichen Ausschuss besser aufgehoben sei. Finanzminister Unland verteidigte das Vorgehen mit Hinweis auf die Flächennutzungsplanung der Stadt Chemnitz. Aber er bestätigte den Einwurf, dass der rechtliche Status des Grundstücks nicht ausreichend geklärt ist. Die Frage, warum es dann ohne Klärung der Rechtsverhältnisse zum Verkauf ausgeschrieben worden ist, konnte oder wollte er nicht beantworten. Sicherlich wird es dazu noch Gelegenheit geben, denn der Antrag wurde nicht wie üblich einfach abgelehnt, sondern in die Ausschüsse verwiesen.

Klaus Bartl, MdL

Fotos: Nico Zimmermann